


Helvetische Bank
 Die Bank für Unternehmer
 Seefeldstrasse 215, 8008 Zürich
 Tel. 044 204 56 00
 www.helvetischebank.ch

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
 PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik <i>Investieren nach ESG? Konflikte vorprogrammiert von York-Peter Meyer</i> Seite 2	Kanton Zürich <i>Selbstbedienungsmentalität auf der Überholspur von Romaine Rogenmoser</i> Seite 3	Aktuell <i>Selbstverachtung der Schweizer Medien von Christoph Blocher</i> Seite 4–5	Parlamentsgemeinden <i>Rot-grüne Mehrheit agiert kompromisslos von Roger Bartholdi</i> Seite 6	Veranstaltungs-Tipp <i>Paul von Euw referiert zur Energiestrategie</i> Seite 8
---	---	---	---	---

LINKS-AUTORITÄRE SPRACHPOLITIK

Gendersprache missbraucht das Sprachengesetz

Eine kleine, aber militante, Minderheit hat das Sprachengesetz von 2007, welches die Viersprachigkeit der Schweiz stärken soll, gekapert und versucht, dieses Gesetz für ihren Genderwahn umzubiegen.

Mit der Energiekrise, dem Ukraine-Krieg, der Inflation, der ungebremsten Zuwanderung und den Missständen im Asylwesen hätten wir im Moment weiss Gott Gescheiteres zu tun, als uns noch mit neuen Formulierungen unserer Sprache auseinanderzusetzen und uns für die Anwendung des regelbasierten Standardhochdeutschen einzusetzen. Immer stärker wird der Druck auf die Dozenten und Studenten an den Hochschulen. Auch private Firmen – meistens Grossfirmen – beugen sich diesem unsäglichen, nicht legitimierte Diktat der Regenbogen-Minderheit. Und trotzdem dürfen wir nicht einfach zuschauen und die «Wokegemeinschaft» walten lassen. Wir werden sonst von Absurditäten überrollt und müssen uns einem Sprachendiktat unterwerfen. Vor der Volksschule würde nicht Halt gemacht.

Vielfältige Schweiz

Wir Durchschnittsbürger verkommen bald zu einer Randgruppe. So kommt es mir jedenfalls manchmal vor. Für uns zählt automatisch die deutsche Rechtschreibung als Grundlage für die Kommunikation oder zur Niederschrift von Texten und Gesetzen. Nun besteht aber unser Land aus vier verschiedenen Sprachgebieten und ich behaupte



Therese Schläpfer
Nationalrätin SVP
Hagenbuch

einmal, dass wir alle darauf stolz sind. Vier verschiedene Sprachgebiete bewahren auch vier verschiedene Kulturen. Diese Tatsache ist in unserem Land wichtig und formt die spezielle Eigenschaft der Menschen, die darin leben. Nämlich den Willen dazu, einen Beitrag zum Zusammenhalt zu leisten. Dafür braucht es wiederum eine spezielle Portion Anstand und Respekt allen Mitmenschen gegenüber. Hier liegt genau der Ursprung dafür, dass wir kein solches Diktat brauchen, weil die nötige Grundhaltung bei uns schon seit Generationen vorhanden und selbstverständlich ist. Es kann sein, dass das seit einiger Zeit etwas abgenommen hat und deshalb dafür ein Bundesgesetz über die Landessprachen und zur Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften, kurz Sprachengesetz (SpG) genannt, geschaffen wurde.

Umdeutung des Sprachengesetzes

Das Sprachengesetz von 2007 sollte den Gebrauch der Amtssprachen durch die Bundesbehörden regeln und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften fördern. Damit wollte der Bund unter anderem die Viersprachigkeit als Wesensmerkmal der Schweiz stärken und den inneren Zusammenhalt des Landes festigen. Die Bundesbehörden bemühen sich laut Gesetz um eine sachgerechte, klare und bürgerfreundliche Sprache und achten auf geschlechtergerechte Formulierungen.

Das klingt alles vernünftig, aber beim letzten Abschnitt haben sich – es ist anzunehmen mithilfe der Verwal-

tung und der Gleichstellungsbüros – die beiden Worte «geschlechtergerechte Formulierungen» eingeschlichen. Die meisten Menschen – vor allem jene von 2007 – verstehen unter diesen beiden Worten wohl, dass Männer und Frauen erwähnt werden sollen. Diese beiden Worte wurden nun aber in der Verwaltung zur Begründung der immer komplizierter werdenden Sprachleitfäden des Bundes, der Kantone und der Gemeinden gemacht – und führen zu einer Verhöhnung unserer Sprache. Die Hauptanliegen des Gesetzes, die Verständigung der verschiedenen Sprachgemeinschaften zu fördern und auf eine bürgerfreundliche Sprache zu achten, werden zugunsten einer schwer verständlichen Gendersprache, immer mehr ins Abseits gedrängt und sind gar nicht mehr wichtig.

Kampfplatz Hochschulen

An Hochschulen des Bundes und der Kantone wird diese Sprache ohne rechtliche Grundlage von oben herab allen aufgezwungen und den Studenten sogar mit Notenabzug gedroht, wenn sie sich nicht beugen! Liebe Studentinnen und Studenten, das ist nicht rechtens, ihr könnt einen solchen Notenabzug einklagen. Den Studiengangsleitern werden auf deren eigenen Homepages ohne deren Wissen Genderformen eingefügt – kein Wunder begehren diese auf. Es ist ein Kampf mit hinterhältigen Mitteln! Am einst stolzen «Technikum» von Winterthur führt sich das Genderbüro als Stabsstelle auf wie eine abgehobene Woke-Truppe. Die Leiterin Svenja Witzig, Stabstelle Diversity der

ZHAW, studierte an der Universität Zürich Ethnologie, Soziologie und Völkerrecht mit Fokus Menschenrechte. Passt genau für eine Technische Hochschule. Da gibt es dann auch «Diversity-Beauftragte für den Nachteilsausgleich» oder «Diversity-Beauftragte für Vereinbarkeit und LGBTQ», alle besoldet mit irrwitzigen Löhnen für eigentlich überflüssige Arbeit. Diese Damen empfehlen dann im «Sprachleitfaden» Folgendes: «für nonbinäre» respektive «Geschlechtsneutrale» «they/them» oder «sier» zu verwenden. Was für eine Verhöhnung unserer Sprache – und wir zahlen dafür Steuern.

Diese Vorkommnisse an der ZHAW haben mich bewogen, auf Bundesebene eine Parlamentarische Initiative einzureichen, welche sich an die ETH, EFPL, PSI, WSL, Eawag und EMPA richtet, damit dies dort nicht um sich greift. Diese sind als dezentrale Organisation des Bundes deklariert und müssen sich demzufolge an die Sprachregelung des Bundes (Sprachleitfaden Bundeskanzlei), welche Genderstern und Doppelpunkt nicht erlauben, halten. Eine weltweit führende Uni soll sich bitte sehr um ihre Kernaufgabe, die Vermittlung von Wissen, kümmern.

Widerstand ärgert Links-Grün

Die Reaktionen der woken Linken und Grünen zeigen eindrücklich, dass ich in ein Wespennest gestochen habe. Aber die vielen Mails von Hochschulprofessoren und Ärzten bestärken mich in meinem Vorgehen. Sie alle wären froh, wenn sie sich wieder auf die Arbeit konzentrieren können, ohne dauernd die Keule des Genders im Nacken zu spüren. Aus Angst vor Repressionen bitten mich diese Akademiker jeweils, ihre Namen nicht zu nennen – soweit sind wir also schon.



Bahnbrechende linke Innovationen der Gegenwart: Ansteck-Pins mit unterschiedlichen «Gender-Pronomen».
Bild: Wikipedia

Bei diesem Thema kommen mir Erinnerungen an Orwells «Neusprech» oder an die «Schriftleitergesetze» aus dunkelsten Zeiten in Deutschland. Es ist hier ein Kulturkampf im Gange, welcher von militanten Kreisen in deutschen Unis vorangetrieben wird. Interessant ist, dass es auch beim Bund nur im Deutschen solche Vorschriften gibt – das Italienische und Französische ist davon praktisch ausgenommen. Auch in Südamerika oder Asien gibt es keine Anzeichen einer solchen Sprachpolizei – die amüsieren sich wohl über uns.

Ich brauche kein «they/them» oder «sier» Die männliche und weibliche Form reicht aus. Ich bleibe dran.

JA

ZUR SCHWEIZER NEUTRALITÄT

DIE NEUTRALITÄTSINITIATIVE

- Freiheit und Selbstbestimmung sichern
- Sicherheit, Frieden und Wohlstand bewahren
- Gute bilaterale Beziehungen zu allen Staaten pflegen



> neutralitaet-ja.ch



Christoph Mörgeli

Der wahre Bangster

Auch Wochen nach seinem Auftritt sind die Journalisten wegen der «Wutrede» des Solothurner SP-Ständerats Roberto Zanetti vor Begeisterung noch immer ganz aus dem Häuschen. Seine «träfen Sprüche», so der «Blick», entpuppten sich als Internet-Hit. Auf Instagram sei Zanettis Ausbruch bereits über 800 000 Mal angeschaut worden. Was genau sagte der gefeierte Sozialdemokrat anlässlich der parlamentarischen Debatte über die Credit Suisse? Roberto Zanetti nannte die Bankmitarbeiter «Bangster» und meinte wörtlich: «Ich habe sehr viel mehr Hochachtung vor einem ordinären Bankräuber, der nimmt ein beträchtlich höheres unternehmerisches Risiko in Kauf als all die Klugscheisser der Bahnhofstrasse und der Wall Street.» Selbstverständlich nennen unsere Medien ein solches Votum eines solchen SP-Standesherrn nicht «Gepolter». Denn gepoltert wird grundsätzlich nur rechts. Und sie nennen es auch nicht «populistisch». Denn Populismus gibt's ebenfalls nur rechts.

Spatzen auf dem Miststock zwitschern am lautesten. Roberto Zanetti sass im Stiftungsrat des grössten Redsafe-Bangsters, Bankräubers und Klugscheissers der Schweizer Geschichte, nämlich von Dieter Behring. Behring betrog weder an der Bahnhofstrasse noch an der Wall Street. Sondern an der Basler Petersgasse. Zanetti liess sich von diesem Rendite-Grossmaul im Wahlkampf finanziell unterstützen. Genau wie die Basler Ständerätin Anita Fetz (SP). Die Stiftung, in der Roberto Zanetti und Anita Fetz Einsitz nahmen, hat entgegen dem Bankengesetz 88 verzinsliche Darlehen in der Höhe von mehreren Millionen Franken teilweise in hochriskante Hedgefonds auf den Bahamas investiert.

Selbst in einer funktionierenden Demokratie mit kritischen Medien kann so etwas vorkommen. Es sollte aber nicht vorkommen, dass ein gewesener Stiftungsrat einer solchen Stiftung sich heute in den Medien abfeiern lässt, weil er einen ganzen Berufsstand pauschal als Bangsters, Bankräuber und Klugscheisser beschimpft. Denn eigentlich möchten wir Menschen nur zweimal reingelegt werden: in die Wiege und in den Sarg.

FINANZMARKT

Der Konflikt um ESG-Geldanlagen

Von europäischen Medien noch kaum erwähnt, tobt in den USA ein grösserer politischer Konflikt um das sogenannte nachhaltige Investieren. Doch was sind ESG Investments? Auf den Spuren einer Investmentstrategie, die bald auch in der Schweiz für Kontroversen sorgen dürfte.

York-Peter Meyer
Finanzexperte
SVP Küssnacht

Die drei Buchstaben «ESG» stehen für «Environmental, Social and Governance» und damit für Kapitalanlagen in Unternehmen, die linken Zielen wie viel Klimaschutz, Diversität und Inklusion verpflichtet sind. Genauso wichtig ist aber, mit dem Stimmrecht der Aktien, die man besitzt, Druck auf das Management praktisch aller Firmen auszuüben. Wer nicht folgt, wird nicht wieder in den Verwaltungsrat gewählt.

Das hört sich vielleicht gar nicht mal so schlecht an. Schliesslich ist keiner von uns gegen Umweltschutz oder gegen Gleichberechtigung oder für Diskriminierung. Aber es gibt dennoch Probleme: Erstens werden so wichtige gesellschaftliche Fragen un-demokratisch entschieden. Am Volk und an gewählten Volksvertretern vorbei entscheiden entweder reiche Leute oder nicht gewählte Grossanleger wie die Manager von Pensionskassen über wichtige gesellschaftliche Fragen. Die Mechanismen der direkten Demokratie sind dafür aber viel besser geeignet.

Zweitens können ESG-Anlagen finanzielle Performance kosten. Ziel ist ja, dass Kapital für missliebige Firmen knapp und teuer wird. Die Kapitalkosten einer Firma sind aber die Kapitalerträge des Anlegers. Wenn also z.B. Bonds von Ölfirmen eine höhere Rendite abwerfen, weil sie von vielen Anlegern gemieden werden, kann man damit entsprechend mehr verdienen.

Credit Suisse: kurzlebiger Nachhaltigkeitserfolg

Drittens können ESG-Ziele das Management von wichtigeren Aufgaben ablenken. Ein Manager mit vielen Zielen neigt dazu, die leicht zu erreichenden prioritär zu verfolgen. Beispielsweise scheint der Nachhaltigkeitsbericht von Credit Suisse für 2022 eine Erfolgsstory zu sein. Keine Kredite für neue Kohlekraftwerke, dafür Nettonull, Förderung von Minderheiten, Biodiversität, Inklusion, ESG-Produkte für Kunden, alles scheint wunderbar. Alleine 2022 wurden fünf neue Klimainitiativen lanciert. Mehr als schade ist nur, dass es wohl der letzte Nachhaltigkeitsbericht von Credit Suisse war.

Die Gegenbewegung nimmt Fahrt auf

In den USA gibt es inzwischen immer mehr Kritik an ESG-Investments. Im vierten Quartal 2022 wurden 6,2 Milliarden mehr aus ESG-Investmentfonds abgezogen als einbezahlt. Republikanische Politiker haben eine grössere Gegenoffensive gestartet.

Wichtig ist, dass es bei der Gegenbewegung nicht darum geht, Privatpersonen vorzuschreiben, wie sie ihr eigenes Geld anzulegen haben. Es steht jedem weiterhin frei, sein eigenes Geld ESG-konform anzulegen, wenn er das für richtig hält. Es geht nur darum, wie institutionelle Grossanleger wie z.B. Pensionskassen das Geld Dritter anlegen.

In mehreren US-Bundesstaaten sind deshalb 2023 bisher 99 Anti-ESG-Gesetzesinitiativen lanciert worden. Dabei geht es v.a. darum, dass Pensionsfonds von Regierungsangestellten bei ihren Anlageentscheidungen ESG-Kriterien nicht berücksichtigen. Von diesen 99

sind 7 angenommen, 20 abgelehnt oder chancenlos, und 72 noch in Bearbeitung.

Auch auf US-Bundesebene formiert sich Widerstand

Im US-Kongress tut sich ebenfalls einiges. Anfang dieses Jahres hat auf Bundesebene das Repräsentantenhaus dem Ensuring Sound Guidance Act zugestimmt. Dieser republikanische Gesetzesvorschlag wollte allen US-Pensionskassen vorschreiben, ihre Anlageentscheidungen primär aufgrund des Gewinnziels zu treffen. Die Berücksichtigung von ESG-Faktoren wäre weiterhin erlaubt gewesen, aber nur noch als sekundärer Faktor. Erstaunlicher-

weise hat auch der demokratisch kontrollierte Senat zugestimmt, weil zwei demokratische Senatoren aus konservativen Bundesstaaten sich den Republikanern angeschlossen haben. Joe Biden musste im März das erste und bisher einzige Veto seiner Präsidentschaft einlegen, um das Gesetz zu verhindern. Es war also knapp.

Und bei uns?

In der Schweiz und in Europa gibt es noch keine Debatte über die Nachteile von ESG Investments. Initiativen und Erfolge der US-Republikaner werden in der Presse kaum erwähnt. Es ist jedoch nicht einzusehen, warum wir Bürgerlichen dieses Thema dem politischen Gegner kampflos überlassen sollten. Packen wir es an! Vielleicht nach US-Vorbild zuerst in einem konservativen Kanton?

Our engagement with sustainability initiatives and networks

Credit Suisse actively participates in and collaborates with a number of sustainability networks, initiatives and organizations worldwide. This engagement serves to implement industry standards, methods, or principles in the field of sustainability and provides a platform for sharing best practices. This includes the following:

- 2030 Water Resources Group
- Carbon Disclosure Project (CDP)
- Climate Bonds Initiative
- ClimateAction100+
- Coalition for Private Investment in Conservation (CPIIC)
- Equator Principles
- FAIRR Initiative
- Glasgow Financial Alliance for Net Zero (GFANZ)
- Global Impact Investing Network (GIIN)
- Green Bond Principles
- Institutional Investors Group on Climate Change (IIGCC)
- Net-Zero Banking Alliance (NZBA)
- Net Zero Asset Managers initiative (NZAMI)
- Oebu – Swiss Business Council for Sustainable Development
- Operating Principles for Impact Management
- Poseidon Principles
- Principles for Responsible Banking (PRB)
- Principles for Responsible Investment (PRI)
- Roundtable on Sustainable Palm Oil (RSPO)
- Science Based Targets Initiative (SBTI)
- Sustainable Markets Initiative's (SMI) Financial Services Task Force (FSTF)
- Sustainable Finance Geneva (SFG)
- Swiss Sustainable Finance (SSF)
- Task Force on Nature-related Financial Disclosures (TNFD)
- UN Environment Programme Finance Initiative (UNEPFI)
- UN Global Compact
- Wolfsberg Group

Go woke, go broke? Der CS-Nachhaltigkeitsbericht liefert ein Zeugnis für die Ideologisierung und Bürokratisierung grosser Unternehmen. Bild: Credit Suisse

AUS DER REDAKTION

Fake News zum Stromfressergesetz

Die Befürworter des Stromfressergesetzes argumentieren gerne mit falschen Behauptungen. Die Presse verbreitet diese nur allzu bereitwillig.

In den vergangenen Wochen erschienen wiederholt einseitige Artikel zum Stromfressergesetz. Im Artikel «Retten wir so die Gletscher? Und wieso ist die SVP dagegen?» vom 24. April auf Blue News zum Beispiel fanden sich mehrere unwahre Behauptungen der Befürworter des Bundesgesetzes über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (KIG). Die Argumente der SVP wurden dagegen nur ungenügend wiedergegeben. Die SVP Kanton Zürich verfasste eine Gegendarstellung, die leider – auch das mittlerweile traurige Routine – nicht abgedruckt wurde.

Unzuverlässige Energieversorgung trotz gigantischem Ausbau

Die Befürworter des Gesetzes legen wiederholt nahe, durch das Gesetz liessen sich die Gletscher retten oder sogar der Klimawandel stoppen. Das ist wahrheitswidrig! Der CO₂-Ausstoss der Schweiz beträgt bloss 1/1000 der weltweiten CO₂-Emissionen oder eben 0,1 Prozent. Ob und wie viel CO₂ die Schweiz produziert, hat deshalb kaum Einfluss auf das weltweite Klima. Die Schweiz braucht eine Strategie, um mit dem Klimawandel umzugehen. Statt diese zu liefern, zwingt die KIG der Schweiz eine radikale Energierevolution auf, die keines unserer Probleme löst.

Die Förderprogramme in der Höhe von 3,1 Milliarden Franken werden in der Presse dagegen immer wieder hervorgehoben. Diese Summen stehen in keinem Verhältnis zu den wahren Kosten der radikalen Energierevolution, die das KIG vorschlägt. Die fossilen

Energieträger liefern heute 60 Prozent unserer Energie. Um sie zu ersetzen, bräuchte es ein gigantisches Ausbauprogramm. Studien rechnen mit Kosten von mindestens 387 Milliarden Franken. Das sind über 1400 Franken zusätzliche Kosten pro Kopf und Jahr über die nächsten 30 Jahre. Trotzdem wäre die neue Energieversorgung weniger zuverlässig und teurer als heute.

Irreführung der SVP?

Der Blick titelte am 25. April gar «ETH-Institut wirft SVP Irreführung vor». Worum ging es? Der Blick hatte die SVP Schweiz gebeten, zu erklären, wie man die 6600 Franken Mehrkosten pro Person im Jahr berechnet hatte. Diese Zahl taucht in der Abstimmungskampagne der SVP wiederholt auf. Die SVP lieferte darauf. Die Zahl stammt aus einer Studie der EMPA: Bei einer Versorgung des ganzen Landes mit synthetischen Treibstoffen («Synfuels») aus Ökostrom fallen CHF 6600 Franken Mehrkosten pro Kopf und Jahr an. Blick und andere Medien unterschlugen jedoch die überzeugende Erklärung der SVP und behaupteten, die Zahlen seien aus «aus dem Kontext» gerissen.

Kann man also tatsächlich 60 Prozent unserer Energie ohne den Bau von AKW ersetzen? Eine Verdreifachung der Energiekosten, dies zeigt die EMPA-Studie, ist ein realistisches Szenario. Die Folgen: Die Lebenskosten- und -qualität der Schweizer Bevölkerung würden massiv abnehmen. Teile der Wirtschaft, gerade auch im Hightech-Bereich,

wären auch nicht mehr überlebensfähig.

Starke Abhängigkeit von China

Die wiederholt zu hörende Behauptung, das Gesetz würde ohne neue Verbote und Vorschriften auskommen, ist ebenfalls unrealistisch. Das massive Bauprogramm, das unsere Landschaft verschandeln würde, wäre momentan demokratisch nicht umsetzbar. Der Bundesrat erholte deshalb zusätzliche Macht gegenüber Kantonen und Gemeinden.

Bundesrat und Befürworter argumentieren, mit dem KIG liesse sich die Abhängigkeit aus dem Ausland reduzieren. Das Gegenteil ist der Fall: Die Strommangellage, die der Schweiz droht, würde das Land von Importen abhängig machen. Die EU kämpft aber selbst mit Strommangel und plant den Energieexport ab 2025 zu reduzieren. China andererseits kontrolliert den Grossteil der Produktion von Solaranlagen und seltenen Erden (u. a. notwendig für Elektromobilität). Der Ukraine-Krieg hat uns gezeigt, dass weltweite Lieferketten unzuverlässig sind. Umso unverständlicher also, sich von Lieferungen aus China abhängig zu machen, die zum Beispiel im Falle eines Krieges um Taiwan unterbrochen sein könnten.

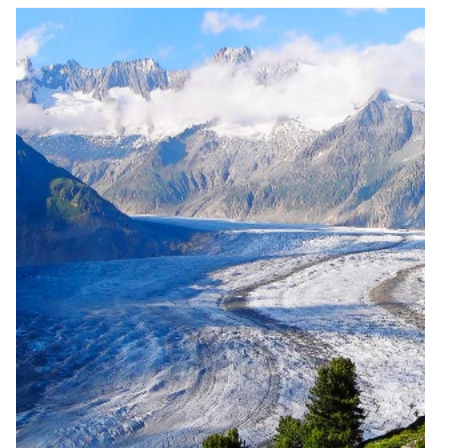
Eine Mehrgenerationenaufgabe

Der Umbau der Energieversorgung ist in Wahrheit eine Mehrgenerationenaufgabe. Eine utopische Energierevolution der jungen Generation aufzuzwingen, die zum grossen Teil noch

nicht stimmberechtigt ist, ist unsozial und fahrlässig.

Die SVP wehrt sich zu recht dagegen, als Gegner des Landschafts- und Umweltschutzes dargestellt zu werden. Der Schutz der Schweizer Landschaft und die Erhaltung einer sicheren Energieversorgung (z. B. durch Ausbau der Kernkraftwerke) sind Kernanliegen der SVP. Das KIG bringt das Gegenteil. Es erleichtert die Verschandelung unseres schönen Landes mit ineffizienten Windkraft- und Solaranlagen, die keinen sicheren Strom liefern. Die Nachhaltigkeitsinitiative, die die SVP Kanton Zürich voraussichtlich diesen Sommer lancieren wird, bietet eine viel bessere Handhabe, um die Ursache des wachsenden Energiebedarfs in den Griff zu kriegen. Der Energiebedarf in der Schweiz wächst nämlich wegen des unkontrollierten Bevölkerungswachstums, während der Bedarf pro Kopf abnehmend ist.

DR



Das KIG hat keinen Einfluss auf die Zukunft der Gletscher. Im Bild: der Aletschgletscher. Bild: Wikipedia

AUS DEM KANTONS RAT

Selbstbedienungsmentalität auf der Überholspur

Der Kantonsrat beschenkt sich selbst mit einem «Teuerungsausgleich», der höher als die Teuerung ausfällt. Die Kantonsangestellten müssen sich mit weniger genügen. Besonders stossend: Es besteht keine Referendumsmöglichkeit gegen diesen dreisten Akt der linken Selbstbedienungsmentalität.



Romaine Rogenmoser
Kantonsrätin SVP
Bülach

Der neuste Aufreger, den sich die kantonsrätliche Rennleitung, mit der scheuernden grünen Ratspräsidentin Guyer und dem «Carlos-Versteher» Markus Bischoff (AL), erlaubt, ist an Frechheit tatsächlich und leider nicht mehr zu überbieten: Selbstherrlich hat die Geschäftsleitung (GL) des Kantonsrats beschlossen, dass die gemäss Kantonsratsgesetz durch ebendiese GL festzulegende Teuerung für die letzten 4 Jahre – also die vergangene Legislatur – mit sage und schreibe 5,1 % angesetzt werden soll. Das schlägt dem Fass den Boden aus. Nachdem der Kantonsrat sich in der vergangenen Legislatur schon ohne mit der Wimper zu zucken die Entschädigungen satt erhöht hat – notabene gegen den Willen der SVP – kommt jetzt auch noch ein besonderes Zückerchen obendrauf in Form eines Teuerungsausgleichs, der seinesgleichen in der Privatwirtschaft vergeblich sucht.

«Teuerungsausgleich» höher als Teuerung

Schwindelerregende 5,1% kommen nun zur Entschädigung des Kantonsrates dazu. Und daran gibt's auch nix mehr zu rütteln. Die linke Seite hat mit ihrer Mehrheit in der Geschäftsleitung wieder dafür gesorgt, dass einmal mehr ohne Hemmungen in die Steuerschattulle gelangt wird. Schlimm schon die Tatsache, dass die sich selbst gewährte Teuerung höher ist als die Teuerung, die die Privatwirtschaft ihren Arbeitnehmern über denselben Zeitraum gewährt hat. Noch schlimmer ist es aus Sicht der SVP, dass der Kantonsrat sich selber eine höhere Teuerung angedeihen lässt, als er den kantonalen Angestellten im selben Zeitraum gewährt hat. Dass es die Linken mit Rechnen

nicht so haben – vor allem, wenn es nicht um ihr eigenes Geld geht (und das geht es ja leider nie) – ist hinlänglich bekannt. In diesem Fall haben sie jetzt noch einen Steigbügelhalter im Parlamentsdienst gefunden, der ihnen diese abenteuerliche – zu ihren Gunsten ausgelegte – Berechnung vorgelegt hat. Ich erspare Ihnen die Details – nur so viel: nach Adam Riese wären 3,8 % Teuerungsausgleich zu bezahlen. Die ungerechtfertigte Differenz trägt – Sie erraten es schon – der Steuerzahler.

Kein Referendum möglich

Aber – halten Sie sich fest – es geht noch schlimmer: Die Höhe der Unverschämtheit ist die Tatsache, dass auch gegen diesen Beschluss der Geschäftsleitung kein Referendum der Bevölkerung – also eigentlich der Brötchenzahler des Parlaments – ergriffen werden kann. Für den Griff in die Entschädigungsschatulle konnten die SVP-

Parlamentarier Stefan Schmid, Romane Rogenmoser und Martin Hübscher immerhin erwirken, dass künftig solche Entschädigungserhöhungen dem Referendum unterstellt werden. Für den Teuerungsausgleich gilt dies aber noch nicht. Dass auch hier so dreist zugelangt wird, hätten die Motionäre in ihren schlimmsten Alpträumen nicht für möglich gehalten. Es ist tatsächlich nur noch zum Schäumen. Mit der links-grünen Selbstbedienungsmentalität wird das Wort «Kantonsrat» je länger, je mehr zu einem Schimpfwort. Zu Recht, wenn man sich die an Dreistigkeit nicht mehr zu überbietenden Amtshandlungen der aktuellen sozialistisch gefärbten Mehrheiten ansieht. Einziger Ausweg aus dieser selbst verschuldeten Bredouille: im Oktober endlich wieder SVP – und nur SVP – wählen, damit wir uns wenigstens in Bern in Schadensbegrenzung üben können.



Die Kantonsräte benehmen sich wie die Panzerknacker.

Bild: Breakout Basel (Flickr.com)

WORTE DES 1. VIZEPRÄSIDENTEN

Absurder Familiennachzug

«Vorläufig Aufgenommene» heissen in der Schweiz jene Asylbewerber, deren Gesuche abgelehnt wurden und die eigentlich wieder heimreisen müssten. Aus irgendwelchen Gründen halten unsere Migrationsbehörden das aber für momentan unzumutbar. Die illegal Eingewanderten erhalten so einen legalen Status und können praktisch alle hierbleiben. Nicht nur das: Sie dürfen auch nach einer immer kürzeren Frist ihre Familie nachkommen lassen. Ende 2022 lebten 45000 vorläufig Aufgenommene in der Schweiz.

Vergeblich hat die Staatspolitische Kommission des Nationalrats 2016 versucht, diesen verfehlten Familiennachzug abzuschaffen. Die Linke setzte sich später im Gesamtrat durch mit dem Argument, so würden Frauen und Kinder den Schleppten ausgeliefert. Heute dürfen vorläufig Aufgenommene mit einem Aufenthaltsstatus F nach drei Jahren ein Gesuch um Familiennachzug stellen. Laut «Tages-Anzeiger» haben beispielsweise Abdul Matin Habibi und sein Sohn Halim aus Afghanistan kein Asyl erhalten. Warum? Weil sie in ihrer Heimat nicht verfolgt sind. Aber gemäss Staatssekretariat für Migration müssen sie aus irgendwelchen Gründen trotzdem nicht nach Hause zurückkehren. Im Gegenteil, sie brauchen nur zu

warten und haben nach drei Jahren Anrecht auf Familiennachzug von Ehegattin und Kindern.

Drei Jahre? Das war einmal. Wie der «Tages-Anzeiger» unlängst berichtete, hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im Sommer 2021 die Beschwerde eines Syrers gegen Dänemark gutgeheissen. Auch Dänemark kannte die Drei-Jahres-Regel des Familiennachzugs. Die Europa-Richter befanden aber eine Wartefrist von über zwei Jahren als unzumutbar und unvereinbar mit dem «Recht auf Achtung des Familienlebens». Nun hat auch unser Bundesverwaltungsgericht das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte eins zu eins übernommen – gemäss der vom Schweizer Souverän nie gebilligten Praxis: Internationales Recht bricht Schweizer Recht.

Die gesetzliche Wartefrist für den Familiennachzug von drei Jahren sei – so die Asylrichter in St. Gallen – nicht mehr anzuwenden. Das Bundesverwaltungsgericht folgte damit der Beschwerde einer eritreischen Familie und in seiner Rechtsprechung der Europäischen Menschenrechtskonvention.

Sofort passte auch das Staatssekretariat für Migration seine Praxis an; es prüft jetzt Gesuche um Familien-

nachzug bereits nach achtzehn Monaten und stellt sich so gegen das geltende Schweizer Ausländer- und Integrationsgesetz. Dieses verlangt nicht bloss eine dreijährige Wartefrist für den Familiennachzug, sondern weitere Einschränkungen, etwa jene, dass ein Familiennachzug nur gestattet ist, wenn die vorläufig aufgenommene Person nicht auf Sozialhilfe angewiesen ist, wenn sie eine geeignete Wohnung hat und sich in der am Wohnort gesprochenen Landessprache verständigen kann.

Damit soll jetzt gemäss den europäischen Richtern, denen sich unsere Schweizer Richter unterwerfen, Schluss sein. Die Folgen sind klar: Es drängen sich immer noch rascher noch mehr kulturfremde Menschen in unser Land. Weil die Wirtschaft für sie keine Verwendung hat, sind die meisten von ihnen dauerhaft auf Sozialhilfe angewiesen. Wer stoppt endlich diesen Wahnsinn?



von
Thomas Matter

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Geschätzte Leserinnen und Leser



René Isler
Kantonsrat SVP
Winterthur

Da diese Woche wegen des 1. Mais keine Ratssitzung stattgefunden hat und kommende Montag die neue Legislatur 2023–2027 beginnt, habe ich mir einige Gedanken zur abgelaufenen Legislatur (2019–2023) gemacht.

Obwohl ich seit vielen Jahren im Rat bin und dabei auch schon die eine oder andere hart geführte Debatte miterlebt habe, waren die letzten vier Jahre so ziemlich das Unanständigste und Arroganteste, was in diesem einst so ehrwürdigen Rat abgegangen ist. Im Gegensatz zu unseren beiden Regierungsräten Natalie Rickli und Ernst Stocker, die während der nicht leichten Corona-Zeit mit ihren Teams einen sehr guten Job gemacht haben, überboten sich die extremen Linksparteien der sogenannten Klimaallianz nur so mit wahnwitzigen, wirtschaftsschädigenden und welfremden Vorstössen.

Ohne Rücksicht auf das Privateigentum oder das sonst schon geforderte Gewerbe wurde jeder noch so links-grüne Vorstoss unter gütiger Mithilfe des Wurmvorsatzes, bestehend aus GLP und EVP, überwiesen und frenetisch abgefeiert. Da nützten auch alle sachlich belegbaren Gegenargumente unserer Fraktionskolleginnen und -kollegen nichts. Im Gegenteil. In unanständiger, grusig linker Art wurde jedes noch so stichhaltige Argument verhöhnt und ins Gegenteil verkehrt. Es brauchte wahrlich keinen Hellseher, um rasch zur Einsicht zu gelangen, dass es der ideologisch völlig verblendeten Klimaallianz primär nie um ihre vorgeschobenen Umwelthanliegen ging, sondern um die radikale Umerzierung und

Bevormundung unserer Bevölkerung. Der Staat hat festzulegen, wie und was die Wirtschaft und unsere KMU-Betriebe herzustellen haben, was gegessen und wie gewohnt werden darf und vor allem, wie und auf welche Art sich das gemeine Volk fortzubewegen hat.

Auch der Freisinn hat sich mehr als gewünscht bei solchem wahnwitzigem Gebaren vor den Karren spannen lassen. Dies zeigt, wie viel Kraft und Energie da von unserer Fraktion und insbesondere unserem Fraktionspräsidenten, Martin Hübscher, abverlangt wurde.

Ich bin mir sicher, dass der enorme, volkswirtschaftliche Schaden dieser links-grün-radikalen Machenschaften unseren einst starken Wirtschaftskanton Zürich noch über Jahre hinaus stark belasten wird. Was da an Regulationen überwiesen worden ist, ist Planwirtschaft in Reinkultur! Es muss deshalb in der kommenden Legislatur unser oberstes Ziel sein, die schädlichsten Fehler der letzten Jahre abzdämpfen und, wo immer möglich, so zu korrigieren, sodass unser Kanton zum Wohle aller wieder in die Spur findet.

Mit den Auswirkungen des Ukraine-Krieges, den weltweiten Handelsspannungen, der katastrophalen Einwanderungs- und Energiepolitik sowie dem Totalversagen der völlig aus den Fugen geratenen Justizdirektion in Sachen Datenklau, Gefängnis Zürich-West etc. haben wir Herausforderungen, die auch erst einmal gestemmt werden müssen. Wollen wir alle diese riesigen Herkulesübungen mit vereinten Kräften bewältigen, braucht es definitiv nicht noch mehr links-grüne Verbote, Genderwahnsinn oder Debatten über kulturelle Aneignungen. In diesem Sinne wünsche ich allen meinen neuen und bisherigen Fraktionskolleginnen und -kollegen Kraft und Ausdauer ohne Ende, weil aufgeben oder gar resignieren nie eine Option sein kann. Seien wir deshalb bereit!



Kantonsrat
Zürich

Justizkommission

Die Justizkommission des Kantonsrates sucht für die Amtsperiode von 2023 bis 2029 des Baurekursgerichts

ein nebenamtliches Mitglied (EVP) und ein Ersatzmitglied für das Baurekursgericht (SVP)

Das Baurekursgericht ist ein erstinstanzliches Fachgericht zur Beurteilung bau-, planungs- und umweltrechtlicher Rekurse. Seine Besonderheit liegt darin, dass das nötige Fachwissen von den nebenamtlich tätigen Präsidenten und Präsidentinnen sowie Mitgliedern eingebracht wird. Zeitaufwändige Expertisen sind dadurch in aller Regel entbehrlich.

Anforderungen

- Vertiefte Kenntnisse in den Fachbereichen Architektur, Planung, Ingenieurwesen, Umweltwissenschaften
- Vertrautheit mit juristischen Fragestellungen und Problemlösungen
- Verhandlungsgeschick und sicheres Auftreten
- Zeitliche und örtliche Flexibilität
- Einwandfreier Leumund

Für die Tätigkeit als nebenamtliches Mitglied ist mit einem Zeitaufwand im Umfang von 1 Tag pro Woche zu rechnen, wobei entsprechende örtliche und zeitliche Flexibilität als auch eine regelmässige zeitliche Verfügbarkeit während des Jahres notwendig ist. Ersatzmitglieder betreuen etwa 15 Fälle pro Jahr. Der Aufwand pro Geschäft mit Augenschein dürfte im Schnitt ungefähr bei 1 bis 1,5 Arbeitstagen liegen. Die Entschädigung der nebenamtlichen Mitglieder richtet sich nach § 31 der Personalverordnung. Ersatzmitglieder erhalten Sitzungsgelder.

Umfassende Informationen zum Baurekursgericht finden sich im Internet unter www.baurekursgericht-zh.ch.

Interessiert?

Dann freuen wir uns auf Ihre elektronische Bewerbung inklusive Strafregisterauszug und Wohnsitzbestätigung (nicht älter als drei Monate) bis am Montag, 15. Mai 2023. Bitte erwähnen Sie in Ihrer Bewerbung, ob Sie sich als nebenamtliches Mitglied oder als Ersatzmitglied bewerben und nennen Sie Ihre Parteizugehörigkeit. Weitere Auskünfte erteilt das Sekretariat der Justizkommission (Tel. 043 259 20 67).

Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden sie auf der letzten Seite im Impressum.



SVP DIETIKON

Friedliches 1.-Mai-Fest in Dietikon

Mit grosser Freude durfte die SVP Dietikon die vielen Gäste aus nah und fern zum traditionsreichen 1.-Mai-Fest auf dem Bauernhof Bräm begrüssen.

Das Wetter konnte die ausgelassene



Rochus Burtscher
Kantonsrat SVP
Dietikon

Stimmung nicht beeinträchtigen, obwohl es sich nicht von der besten Seite zeigte. Wir werden mit Petrus ein ernstes Wort reden müssen. Während der offiziellen «Öffnungszeit» durften wir über 100 Gäste mit Getränken, selbstgemachten Kuchen, Grillwürsten sowie Steaks bedienen.

Am Grill stand unser Hauptorganisator Mathias Wischenbart und hinter der Theke unsere Jennifer Fischer, die ebenfalls zuständig für die schöne Tischdekoration war. Ohne diese beiden wäre ein solcher Anlass nicht möglich. Danke!

Fünf Nationalratskandidaten: Nationalrätin Therese Schläpfer, Nationalrat Mauro Tuena, Adrian Wegmann, Roger Bachmann und Andreas Leupi fanden den Weg zum Bauernhof Bräm und mischten sich unter das Volk. Es wurden viele Gespräche geführt und die Gäste konnten sich mit den volksnahen Politikern austauschen.

Die Festansprache hielt wie üblich Partei-Präsident Rochus Burtscher. In der Ansprache nahm er Bezug auf die Linken und die Grünen, die auf Irrwegen – sekundiert bzw. instrumentalisiert von den Gewerkschaften – wandern.

Mit grosser Freude erwähnte er, dass Nationalrätin Esther Friedli am Sonntag im Kanton St. Gallen zur Ständerätin gewählt worden ist. Dies ist ein toller Erfolg für die SVP und nicht selbstverständlich. Auch die SVP des Kantons Zürich kann dieses Ziel erreichen, und zwar mit NR Gregor Rutz –

wir müssen einfach noch mehr in die Hosen.



V.l.n.r.: Die Nationalratskandidaten Adrian Wegmann, Roger Bachmann, Nationalrat Mauro Tuena, Nationalrätin Therese Schläpfer und Andreas Leupi.

Bild: SVP Dietikon



Haus gefüllt bereits um 13.15 Uhr – toll.

Bild: SVP Dietikon

MEDIENMITTEILUNG DER SVP NIEDERGLATT

Kantonale Freizeitveloroute: Verkehrsanordnungen widerrufen – Erfolg für die SVP

Am 24. April 2023 publizierte die SVP Niederglatt eine Medienmitteilung, in der sie das Vorgehen bezüglich der kantonalen Freizeitveloroute Nr. 29 am Glattufer kritisierte.

Explizit war sie nicht damit einverstanden, dass bereits Bagger auffahren, bevor sich die Bevölkerung zum Vorhaben äussern konnte. Die SVP Niederglatt trat diesbezüglich auch mit einzelnen Gemeinderäten ins direkte Gespräch.

Gemeinderat Niederglatt zieht Verkehrsanordnungen zurück

Am 28. April 2023 veröffentlichte der Gemeinderat einen Flyer, der zusätzlich in alle Haushalte versendet wurde. Demnach seien die drei zugehörigen Verkehrsanordnungen «versehentlich» erfolgt. Der Gemeinderat teilt die Ansicht der SVP, dass das weitere Vorgehen bezüglich der Freizeitveloroute zwingend eine demokratische

Mitbestimmung erfordert, und verspricht der Bevölkerung, dass dieses Mitspracherecht eingehalten wird. Als Sofortmassnahme wurden die drei veröffentlichten Verkehrsanordnungen mit sofortiger Wirkung widerrufen.

Der Gemeinderat wird sich an den kommenden Sitzungen eingehend mit dem Thema befassen und in den kommenden Monaten eine Informationsveranstaltung durchführen.

Föderalismus dient der Bevölkerung

Aus Sicht der SVP hat der Gemeinderat mit dem Widerruf der Verkehrsanordnungen die einzig richtige Entscheidung getroffen. Das nun gewählte Vor-

gehen stimmt optimistisch. Die Ereignisse zeigen exemplarisch, dass ein bürgerlicher Gemeinderat, gestützt von starken, bürgerlichen Parteien, auch in der oft geschmähten Lokalpolitik Einfluss auf das nehmen kann, was die Bürgerinnen und Bürger im Alltag betrifft.

Auf der anderen Seite zeigt diese Causa exemplarisch, wohin es führt, wenn ein Kanton sich in vermeintlich triviale Dinge wie einen Kiesweg einmisch. Kantonsrat, Kantonsregierung und kantonale Verwaltung sind aufgerufen, der sukzessiven Schwächung des Föderalismus Einhalt zu gebieten und den Gemeinden so viele Kompetenzen wie irgend möglich zuzugestehen.

SVP BÜLACH

Wo kein Wille, da kein Weg

Die Arroganz des grünen Baudirektors ist tatsächlich nicht mehr zu überbieten. Innert kürzester Zeit wurden 6 Vorstösse im Zusammenhang mit der Umfahrung Eglisau im Kantonsrat eingereicht – davon mehrere unter Beteiligung von vier Fraktionen (SVP, FDP, CVP und EVP), also einer Mehrheit der Kantonsräte.



Romaine Roggenmoser
Kantonsrätin SVP
Bülach

Dies schien den erfolgsverwöhnten Regierungverteter doch einigermassen zu irritieren, so dass er kurzerhand eine Aussprache einberief. Wer aber nun die Hoffnung auf Einsicht, Entgegenkommen oder auch nur Reflexion hegte, wurde rasch eines Besseren belehrt. Der Aufmarsch der Verwaltung (fünf Mitarbeiter aus der Baudirektion bzw. dem Amt für Mobilität) war gewaltig – die Rückendeckung des Baudirektors gesichert. Neue Erkenntnisse gab es auch so nicht, denn einmal mehr wurde bekräftigt, dass es in der Reihenfolge der Realisierung von Umfahrung und Sanierung der Brücke Eglisau keine Änderungen gebe, dass die Baudirektion bei beiden Vorhaben mit Einsprachen rechne und dass beide Projekte genau so und nicht anders zu realisieren wären.

Baudirektion stellt sich stur

Irgendwie ist das zwar nachvollziehbar, denn alles andere wäre ja dem Eingeständnis gleichgekommen, dass bei der Planung schlecht gearbeitet worden wäre. Daran werden auch die über 1200 Einwendungen aus der Bevölkerung und von Interessengruppen nichts ändern können. Es kann nicht sein, was nicht sein darf, nämlich eine für alle Beteiligten – Bevölkerung, Verkehr und Gewerbe – verträgliche Lösung zu

finden. Dies erklärt auch die Haltung beider Projektleiter (Umfahrung und BGK) bzw. des Departementsjuristen, wonach beide Projekte am Ende wohl vor den Kadi – sprich Bundesgericht – gezerrt werden und somit bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden. Im Hause Neukom scheint man also ganz offensichtlich hoch erfreut darüber, dass die Umfahrung Eglisau vermutlich nie realisiert werden wird. Dies im Einklang mit dem erklärten Ziel der Grünen, dass Verkehr per se «pfui» ist und um jeden Preis vermieden werden muss. Dass dabei das Gewerbe und auch die Bevölkerung auf der Strecke bleiben, scheint ein für die Grünen akzeptabler Kollateralschaden zu sein. Für die SVP ist die aktuell vorliegende Version der Brückensanierung ebenso wenig ein gangbarer Weg, wie das Hinauszögern der Umfahrung Eglisau selber. Sie wird sich deshalb weiterhin für die Verbesserung der beiden Projekte einsetzen.



Der Verkehr muss wohl weiterhin mitten durch die malerische Altstadt Eglisaus rollen.

Bild: Wikipedia

Einladung der SVP Seegräben zum öffentlichen Anlass

«Credit Suisse - Zusammenbruch»

Was heisst das für die Zukunft der Schweiz und für unseren Finanzplatz?

Referat Nationalrat Thomas Matter



Dienstag, 9. Mai 2023
20.00 Uhr
Buechwäidsaal
Aathalstrasse 6a, Seegräben
Im Anschluss:
Fragen und Diskussion

Auf Ihren Besuch freuen wir uns!
svp-seegraeben.ch

P Öffentlicher TCS-Parkplatz
Rutschbergstrasse



Regeln Sie Ihren Nachlass rechtzeitig:

Bleiben Sie in guter Erinnerung!

Die SVP des Kantons Zürich setzt sich für Freiheit, Demokratie und die Unabhängigkeit unserer Schweiz ein. Damit wir dies auch in Zukunft bei Wahlen, Abstimmungen oder mit anderen politischen Aktivitäten machen können, sind wir auf finanzielle Unterstützung angewiesen.

Helfen Sie uns dabei. Berücksichtigen Sie uns in Ihrem Nachlass, damit unser Land und Ihre Nachfahren auch in Zukunft in Freiheit und Unabhängigkeit leben können. Wirken Sie so über Ihr Leben hinaus.

Wir beraten Sie gerne bei der Planung eines Engagements für die SVP und danken Ihnen für Ihre Unterstützung.

Geschäftsstelle | Lagerstrasse 14 | 8600 Dübendorf | Tel. 044 217 77 66



MEDIENMITTEILUNG DER SVP KANTON ZÜRICH

Erfolgreicher Polizeieinsatz verhindert schwere Ausschreitungen – trotz wachsendem Linksextremismus

Mit einem raschen und beherzten Einsatz hat die Polizei heute schwere Ausschreitungen am 1. Mai verhindert. Karin Rykarts Laissez-faire-Politik gegenüber dem Linksextremismus ist damit endgültig gescheitert.



Ein grosses Polizeiaufgebot der Stapo und Kapo sowie ein entschiedenes Durchgreifen verhinderte dieses Jahr Schlimmeres.

Bild: ZVG

Die SVP Kanton Zürich ist erleichtert darüber, dass an der 1.-Mai-Demo und der linksextremen Nachdemo in Zürich heute vergleichsweise wenig Schaden verursacht wurden. Die SVP bedankt sich bei allen Polizistinnen und Polizisten, die heute für Ordnung in Zürich sorgten.

Diesmal die richtige Polizeitaktik

Leider kam es auch dieses Jahr zu mehreren Vandalenakten gegen das städtische Gewerbe und zu gewalttätigen Handlungen gegen die Polizei. Die SVP verurteilt diese Handlungen scharf. Nur das grosse Polizeiaufgebot und das beherzte Eingreifen hat heute Schlimmeres verhindert. Zum jetzigen Zeitpunkt scheint die Polizei auch die Nachdemo im Griff zu haben. Dank rascher Einkesselung konnte ein Ausbreiten der Nachdemo verhindert werden. Für Parteipräsident Domenik Ledergerber der Beweis: «Der heutige Einsatz zeigt: Gegen die linksextremen Chaoten wirken nur Entschlossenheit und Härte.» Karin Rykarts Laissez-faire-Taktik, die in den vergangenen Monaten immer wieder bei linksextremen Demos zum Einsatz kam, ist gescheitert. Die SVP wünscht sich, dass der heutige Polizeieinsatz eine Trendwende im Umgang mit dem gewalttätigen Linksextremismus in Zürich ankündigt.

Der heutige Polizeierfolg kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Stadt Zürich ein massives Problem mit dem Linksextremismus hat und eine Gegenstrategie braucht. Die SVP hat bereits mehrere Vorstösse zu diesem Thema lanciert, die die links-grünen Parteien stets abgelehnt haben. Die SVP betrachtet die Entwicklung der linksextremen Szene in Zürich mit grosser

Sorge. Auch wenn die Stadtzürcher Linken immer wieder nach Rechtfertigungen suchen. Es gibt keine Rechtfertigung für den linken Hass. Zürich wird seit drei Jahrzehnten links regiert. Probleme in der Stadt wie Wohnungsknappheit sind allein die Schuld links-grüner Politik.

«Lageverschärfung» des Linksextremismus in Zürich

Laut Nachrichtendienst des Bundes (NDB) gilt Zürich als ein Zentrum des Linksextremismus in der Schweiz – dem rund 1000 gewaltbereite Aktivist*innen, teils aus dem Hooliganmilieu, angehören. Seit 2017 spricht der Nachrichtendienst des Bundes von einer Lageverschärfung. Es mehren sich Brand- und Sprengstoffanschläge. Demonstrationen werfen Molotowcocktails auf Polizisten oder attackieren sie mit Eisenstangen. Solche Vorfälle, bei denen schwere Verletzungen nicht nur in Kauf genommen, sondern sogar bezweckt werden, häufen sich. Erst vor einem Monat kam es zu einem schweren Angriff auf einen Polizisten.

Mittlerweile gibt es in Zürich fast jedes Wochenende unbewilligte linksextreme Demos. Für die Stadtzürcher Bevölkerung stellen diese Demos nicht zuletzt eine finanzielle Belastung dar. Die Anti-Chaoten-Initiative der JSVP fordert deshalb, dass diese Kosten den Demonstrationsteilnehmern übertragen werden. «Auch der heutige Polizeieinsatz und die Sachbeschädigungen kosten mehrere Hunderttausend Franken, welche von den Verursachern berappt werden sollten», sagt Fraktionspräsident Martin Hübscher. Die Fraktion werde sich für eine strikte Umsetzung der Anti-Chaoten-Initiative ein-

setzen. Die links-grünen Parteien in der Stadt Zürich grenzen sich von diesem Milieu in keiner Weise ab.

Der Revolutionäre Aufbau Zürich (RAZ) und seine Tochterorganisation, die Revolutionäre Jugend Zürich (RJZ), liefen auch dieses Jahr an der offiziellen 1.-Mai-Demo mit. Laut NDB bestehen Verbindungen zwischen RAZ und dem Linksterrorismus im In- und Ausland. So gibt es Verbindungen zur militanten antisemitischen Palästinensergruppe Samidoun, an deren Demo in Berlin kürzlich lauthals zum Mord an Juden aufgerufen wurde, wie die NZZ berichtete.

Trotzdem betreibt der RAZ in Zürich ein öffentliches Büro und der RJZ durfte voriges Wochenende im Volkshaus ein Politwochenende durchführen. In der Leitung des Volkshauses finden sich mehrere Vertreter der Stadtzürcher Linken, wie der AL-Gemeinderat David Garcia Nuñez. Wie halten es diese Leute mit dem Linksextremismus?

Es braucht jetzt Massnahmen

Die SVP fordert von SP, Grünen und AL eine glaubhafte Distanzierung von RAZ und RJZ. Weiter fordert die SVP von der links-grünen Stadtzürcher Regierung eine Strategie gegen Linksextremismus, die auch Bildung und Prävention an Schulen und Universitäten umfasst. Die heute erfolgreich angewendete Polizeitaktik muss fortgesetzt werden. Dazu gehören: Enge Zusammenarbeit der Stadtpolizei mit der Kantonspolizei, Einkesselung illegaler Demonstrationen und Verhinderung von «Saubannerzügen». Für die Bevölkering. Für das Gewerbe. Und auch zum Schutz der Polizisten!



Auch dieses Jahr hinterliessen die Linksextremisten schwere Schäden an Geschäften entlang der Umzugsroute.

Bild: ZVG

MEDIEN

Selbstverachtung

In Schweizer Medien ist zu lesen, dass Schweizer mit ausländischen Flugzeugen aus gefährdeten afrikanischen Gebieten heimgebracht werden konnten.



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

«Wie die EU-Staaten der Schweiz wieder einmal aus der Patsche helfen», titelte der «Tages-Anzeiger» grossspurig. Nur dank französischer und deutscher Hilfe hätten zehn Schweizer Bürger aus dem Sudan ausgeflogen werden können. Die Souveränität der Schweiz sei am Ende, und die offizielle Schweiz ohne EU-Hilfe sei handlungsunfähig!

Diesen schweizerischen Selbstverächtern sei erwidert: Dass sich Staaten, erst recht freundschaftlich verbundene Nachbarländer, gegenseitig aushelfen, ist nun wirklich keine Sensation, sondern Selbstverständlichkeit und kaum eine Zeile wert. Wenn nicht journalistische Selbstverächter hierzulande laut ausrufen würden: «Seht nur alle her, wie wir Pseudo-Souveränen im entscheidenden Moment auf Hilfe von aussen angewiesen sind!»

Nur schreiben diese Journalisten nie, wenn ihr eigenes Land – die Schweiz – selbstverständlich Hilfe leistet. Denn auch wir helfen bei Problemen ohne grosses Geschrei ganz selbstverständlich aus.

Kürzlich dankte mir ein deutscher Unternehmer, weil die Schweiz nicht weniger als dreimal im letzten Jahr mit Stromlieferungen aus der Schweiz Deutschland vor einem Blackout und

damit vor einer Energiekatastrophe bewahrt habe. Dies wurde mir in Bern bestätigt.

Nur hängten die Schweizer Behörden – und schon gar nicht diese Journalisten – dies nie an die grosse Glocke: Man hilft sich als guter Nachbar grenzübergreifend gegenseitig aus. Und bezahlt erst noch pünktlich die dafür anstehenden Rechnungen. Auch das erhält eine gute Nachbarschaft. Die Souveränität der Staaten wird dabei nicht abgeschafft, sondern ist Voraussetzung für solche Hilfeleistungen.



Auch die Schweiz ist für ihre Nachbarn da, wenn sie Hilfe brauchen, zum Beispiel bei Stromknappheit, wie letztes Jahr. Bild: Wikipedia

Spannender Infoabend!

Wo drückt der Schuh?

mit R. Köppel, N. Fehr Düsel, A. von Burg und L. Otth

Do, 11. Mai, 20 Uhr

Ref. Kirchgemeindehaus,
unt. Heslibachstr. 5, Küsnacht



Wo drückt der Schuh bei Ihnen?

Jetzt scannen und Ihre Frage im Voraus stellen

Mehr Infos: svp-kuesnacht.ch



Sichere Zukunft in Freiheit

Jetzt



wählen!

Fadegrad

von
Ueli Bamert

Die Revolution frisst ihre Kinder

Ein Schwerpunkt linker Politik war stets der Einsatz gegen die tatsächliche oder vermeintliche Diskriminierung von Frauen, ethnischen Minderheiten und sonstigen benachteiligten Gruppen. Hatte dieser Kampf bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts durchaus seine Berechtigung, so ist er heute zusehends zum Selbstzweck verkommen: In einer Gesellschaft, die immer solidarischer wird und in der Diskriminierung und Unterdrückung weitgehend verschwunden sind, müssen neue Opfergruppen erfunden werden – notfalls auch zum Nachteil ehemals geschützter Minderheiten.

Ein Paradebeispiel dafür bietet der Kanton Basel-Stadt: Hier wird derzeit ein neues «Gleichstellungsgesetz» beraten, das explizit auf Personen fokussiert, die sich selber ausserhalb der gängigen Geschlechterkategorien sehen. Der Baselstädtische Regierungsrat möchte damit ein «zeitgemäßes Geschlechtermodell verankern, das sich von Binarität und Heteronormativität verabschiedet». Wenn Sie mit diesen unverständlichen Woke-Floskeln nichts anfangen können, dann geht es Ihnen ähnlich wie mir. Konkret bedeuten sie, dass im neuen Gesetz die Worte «Mann» und «Frau» gar nicht mehr vorkommen. Dies geht einigen altgedienten Feministinnen der ersten Stunde eindeutig zu weit: «Wenn der Gesetzesvorschlag die rechtlichen Kategorien Frau und Mann abschafft, ist die Gleichstellung von Frauen hinfällig», lässt sich etwa alt SP-Nationalrätin und Feministin der ersten Stunde, Margrith von Felten, im Interview mit den Tamedia-Zeitungen zitieren.

Die Befürchtung ist mehr als verständlich: Wie können Ungleichheiten zwischen Mann und Frau angegangen werden, wenn sich auf einmal jeder Mann ohne Weiteres als Frau identifizieren kann? Wie sollen sich Frauen sicher fühlen, wenn sie die Umkleidekabine auf einmal mit biologischen Männern teilen müssen? Und wie sollen Mädchen für Leistungssport motiviert werden, wenn sie beim nächsten Wettkampf gegen biologische Männer antreten müssen, die sich als Frauen identifizieren? Viele Feministinnen sind nicht bereit, dies zu akzeptieren, und werden daher von Jusos und Transaktivisten öffentlich diffamiert und verächtlich gemacht. Die Revolution frisst ihre Kinder: In der Französischen Revolution von 1789 ging es darum, bestehende Ungerechtigkeiten niederzureissen; wer Teil des alten Systems war, wurde von den Jakobinern kurzerhand geköpft. Mit der Zeit radikalisierten sich die Revolutionäre aber immer mehr, bis am Schluss sogar die eigenen Anführer aufs Schafott geführt wurden. Bei den heutigen, rot-grünen Jakobinern kommt zwar nicht mehr die Guillotine zum Einsatz; wie damals schrecken aber auch heute die Radikalsten unter ihnen nicht davor zurück, altgediente Mitstreiter fertigzumachen und mit Schmutz zu bewerfen, wenn sie es wagen, dem linken Akzeptanzwahn zu widersprechen.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Knappe links-grüne Mehrheit führt zu extremer Politik

Die Rot-Grünen verfügen nur über eine knappe Mehrheit im Gemeinderat. Doch sie nutzen diese rücksichtslos aus, um ihre ideologischen Vorstellungen durchzusetzen.

Roger Bartholdi
Gemeinderat SVP
Zürich

Vor einem Jahr im Februar fanden die Gemeinderatswahlen von Zürich statt. Nun ist das erste Amtsjahr des äusserst knappen rot-grünen Mehrheitsverhältnisses (63 von 125) vorbei. Es gilt, ein Fazit zu ziehen.

Das neugewählte Parlament begann vor rund einem Jahr seine neue Legislaturperiode. Die Zusammensetzung des Rates ist wie folgt: SP 37 Sitze, Grüne 18 Sitze und AL 8 Sitze, dies ergeben insgesamt 63 von 125, die restlichen Parteien (bestehend aus SVP, FDP, die Mitte, EVP und GLP) verfügen über 62 Sitze.

Dadurch hat Rot-Grün zwar eine Mehrheit, jedoch die erdenklich knappstmögliche Mehrheit mit einem Sitz. Am 10. Mai 2023 findet die nächste Sitzung des städtischen Parlamentes statt und das nächste Amtsjahr beginnt.

Im vergangenen Jahr, unter der Leitung eines grünen Ratspräsidenten, welcher die SVP in der interfraktionellen Sitzung (IFK) nicht unterstützt hatte, nutzte Rot-Grün – so oft es konnte – knallhart seine äusserst knappen Mehrheitsverhältnisse aus. Zwar gilt es, die demokratisch legitimierte Mehrheit zu akzeptieren, jedoch gehen die extremen Entscheidungen des Rates sogar für die eigene Wählerschaft öfters zu weit oder sind nicht nachvollziehbar.



Grosse Persönlichkeiten wie Alfred Escher brachten Zürich vorwärts. Im Zürcher Gemeinderat pfeift man auf dieses Erbe.

Bild: Wikipedia

Ideologisch geführtes Parlament – Kompromisse inexistent

In meiner über 20-jährigen Amtstätigkeit habe ich schon vieles erlebt. Auch eine Mehrheit von 63 Stimmen für die bürgerliche Ratsseite. Jedoch suchte die damalige bürgerliche Mehrheit öfters partei- und blockübergreifend nach Lösungen und war gegenüber der Minderheit kompromissbereit. Im vergangenen Jahr fand das kaum mehr noch statt. Auf «Biegen und Brechen» hat die linke Mehrheit mithilfe des 63. Sitzes ihre ideologisch geführte Politik nicht nur umgesetzt, sondern öfters ins Extreme geführt. Dies beginnt bereits bei der Wahl von Themen, und endet zum Teil im Übertreffen der Forderungen der drei links-grünen Parteien. Es findet nicht unweit von uns ein Krieg in Europa statt, die Teuerung stieg in der Schweiz beträchtlich, es herrscht bald Strommangellage, aufgrund der Zuwanderung hat es zu

wenig Wohnungen und Ressourcen, doch Rot-Grün betreibt «Schönwetterpolitik» und debattiert lieber über die Sprache (Neudeutsch Genderpolitik) oder übt sich in Vergangenheitspolitik, wobei es darunter die Überarbeitung der Geschichte mit rot-grüner Brille versteht.

Auf dem linken Auge blind

In Vorstössen der SVP oder anderer bürgerlicher Parteien ignoriert Rot-Grün die Gewalt von linksautonomen Gruppierungen und lehnt Forderungen kategorisch ab. Bei eigenen Vorstössen von Rot-Grün dominiert nur die rechtsextreme Gewalt. Auch in den Voten wird dies von Rot-Grün jeweils bekräftigt. Werden Kompromissanträge gestellt, z.B. dass generell Gewalt oder linke und rechte Gewalt unterbunden werden soll, lehnt Rot-Grün dies ab. Am 1. Mai 2023 fand wiederum Gewalt in der Stadt Zürich statt. Nicht nur Sach-

beschädigungen wurden ausgeübt, sondern auch Gewalt gegen den Staat und gegen Angehörige der Polizei. Waren es etwa rechtsextreme Personen? Jeder weiss es zwar, aber die Wahrheit wird verborgen. Im vergangenen Jahr fanden kaum oder nur vereinzelt Aktivitäten aus rechtsextremen Kreisen statt, eine Veranstaltung wurde u.a. gestört. Dies gilt es, klar zu verurteilen. Von rot-grüner Seite wurde aber schon fast der Weltuntergang prophezeit, so schlimm sei die rechte Gewalt. Aber wenn die Gewalt von links kommt, scheint es eine gute Gewalt zu sein oder sie wird ignoriert.

Düstere Ausblicke

Das nächste Amtsjahr beginnt. Aus Sicht der SVP dürfte sich in den kommenden Jahren kaum viel ändern. Die Mehrheitsverhältnisse bleiben gleich und Rot-Grün nutzt es aus. Nur mit Volksinitiativen oder Referenden kann die SVP etwas bewegen oder Entscheidungen des rot-grünen Parlamentes ändern.

Wie extrem die Politik ist, sieht man, wenn das Parlament den rot-grünen Stadtrat (6 von 9) oft kritisiert und mit seinen Beschlüssen viel weiter geht. Konsequenterweise müsste die rot-grüne Mehrheit schon lange den Rücktritt ihrer eigenen Stadträte fordern, wenn sie so oft und so stark kritisiert werden. Die Wahlen in anderen Kantonen in diesem Jahr haben erfreuliche Lichtblicke aufgezeigt.

Die Wählerschaft, die früher links-grün gewählt hat, ist enttäuscht und will keine extreme Politik. Die ständige «Hasspolitik» gegen das Feindbild Auto ist auch für linke Wähler kaum noch erträglich. Die Korrektur kann, wird und muss an den Wahlen erfolgen.

AUS DEM DÜBENDORFER GEMEINDERAT

Dübendorfer Stadtrat will das Weltklima retten

Der Dübendorfer Stadtrat kopiert mit seinem «Massnahmenplan Klima» den Klima-Aktivismus der Stadt Zürich. Die Wirkung ist gering, die finanzielle Belastung dagegen gross. An der Urne werden die utopischen Planungen kaum bestehen können.

Orlando Wyss
Fraktionspräsident
SVP Dübendorf
Dübendorf

2019 reichten die Grünen im Dübendorfer Parlament einen utopischen Vorstoss ein und verlangten, dass die Stadtverwaltung bis 2030 die Treibhausgas-Emissionen auf netto null senkt. Der Stadtrat Dübendorf reagierte richtig und wies auf die Undurchführbarkeit des Ansinnens hin. Um gut dazustehen, versprach er, einen «Massnahmenplan Klima» zu erstellen. Von einem Umweltbüro hat sich der Stadtrat eine Studie verfassen lassen, aufgrund deren er Massnahmen einleiten will, um das Klima zu retten. Die Kosten von 56 300 Franken für die Studie hätte er sich sparen und stattdessen gleich das Parteiprogramm der Grünen benutzen können. Auf 69 Seiten wird basierend auf Annahmen und Computermodellen die Klimahysterie bedient, so wie die Grünen diese mit religiös anmutendem Eifer betreiben. Auch das Konzept der 2000-Watt-Gesellschaft wird immer wieder zitiert, obwohl Dübendorf dieses an einer Volksabstimmung wuchtig abgelehnt hat.

Zürich als Vorbild

Die Vorschläge im vorliegenden Massnahmenplan lesen sich wie beim klimaktivistischen Zürcher Stadtrat, den sich die Dübendorfer Exekutive immer mehr zum Vorbild nimmt. Die Einwohner von Dübendorf sollen sich in Zukunft mehr vegetarisch ernähren,

mehr auf das Auto verzichten und die Bauordnung so ändern, dass fast keine Autoabstellplätze erstellt werden können, den Garten nach Vorstellung der Verwaltung gestalten, und so weiter. Der kommunale Fahrzeugpark soll bis 2030 auf fossile Verbrenner verzichten, ohne Rücksicht darauf, ob diese Fahrzeuge noch einsetzbar sind. Wenigstens bei den Spezialfahrzeugen wird eine Ausnahme bis 2035 gemacht, was nur dem Umstand geschuldet ist, dass es gar keine valablen elektrisch einsetzbaren Spezialfahrzeuge gibt. Sollte ein Politiker trotzdem auf die Idee kommen, das kürzlich angeschaffte Tanklöschfahrzeug der Feuerwehr durch ein elektrisch betriebenes, halb so leistungsfähiges, aber dafür doppelt so teures E-TLF zu ersetzen, müsste man diesen wegen Steuergeldverschwendung vor den Kadi bringen. Weiter will der Stadtrat Dübendorf eine Propaganda-Abteilung ins Leben rufen und als «Umerziehungs-Abteilung» ausbauen. Zählt man die Kosten der Umsetzung der Massnahmen nur bis 2026 zusammen, kommt man auf 1,2 Millionen Franken. Dazu kommen Aufwendungen der stadteigenen Glattwerk AG von 280 000 Franken sowie für Stelenerhöhungen in der Verwaltung von 600 000 Franken, zusammen über 2 Millionen Franken.

Fehlende demokratische Grundlage

Dem Gemeinderat ist jedoch ein Rahmenkredit über 911 000 Franken für Konzeptkosten vorgelegt worden, aber nicht die Gesamtkosten von über 2 Millionen Franken. Dies ist eine Mogelpackung, welche sich nur dadurch erklären lässt, dass der Dübendorfer Stadt-

rat den Souverän fürchtet wie der Teufel das Weihwasser. Das haben wir schon bei der Tempo-30-Einführung im Stadtzentrum gesehen, deren Umsetzung der Dübendorfer Souverän hochkant abgelehnt hätte, wäre er dazu befragt worden. Stattdessen hofft er, dass der Dübendorfer Gemeinderat diesen Kredit durchwinkt und er mit der Drangsalierung der Einwohner beginnen kann. Alle sind sich einig, dass es sinnvoll ist, von fossilen Brennstoffen wegzukommen und auf andere Technologien zu setzen. Doch die von links-grünen Kreisen in den westlichen Wohlstandsländern geschürte Panikmache verändert unseren Planeten nicht, sondern dient nur den politischen und

ökonomischen Zielen dieser Ökomaxisten. Wohin das führt, können wir im nördlichen Nachbarland verfolgen, wo im Moment eine grüne Klimasekte daran ist, die bis anhin führende Wirtschaftsmacht Europas an die Wand zu fahren. Klimaneutralität, das heisst CO₂-Neutralität, ist nicht möglich und wird es nie geben. Während wir in der Schweiz 0,1 Prozent des weltweiten CO₂-Austosses verantworten, bauen China, Indien und weitere grosse Länder ihre Kohlekraftwerke aus, sogar die Deutschen.

Wenn der Stadtrat von Dübendorf ab 2026 Millionen von Steuergeldern in die Bevormundung der Einwohner und die Schaffung eines «Propaganda-Ministeriums» im Stadthaus investieren will, soll er sich dies vom Stimmvolk bestätigen lassen, und zwar schon vorgängig bei der Grundsatzentscheidung.



Die Klimaaktivisten kennen keine souveränen Bürger, sondern nur Untertanen, die es zu verwalten und umzuerziehen gilt.

Bild: Tim Reckmann (Flickr.com)

WESHALB DIE GRÜNEN GAR NICHT GRÜN SIND

Die Usurpierung der Farbe Grün

Die Grünen haben ihren Parteinamen usurpiert. Die sympathische Farbe soll Naturverbundenheit zeigen. Diese Natürlichkeit ist schon lange nicht mehr gegeben, zum Beispiel bei der grün-extremen Einstellung zur umweltzerstörenden Zuwanderung.

rw. Grün steht offenbar für Parteien, die den Fokus auf Umweltschutz legen. So steht es zumindest in der dem Zeitgeist nahestehenden Wikipedia. «Zurückzuführen ist dies auf die Assoziation von Farbe mit Natur und Vegetation», ist da beispielsweise zu lesen.

Mörderische Windenergie

Das dieses grüne Image überhaupt nicht mehr stimmt, zeigt der grüne Umgang mit der Windenergie. Die Schweiz ist kein Windland. Die installierten Windräder stehen an über 300 Tagen im Jahr still. Zudem werden die Mitwirkungsrechte der Bevölkerung ausgehebelt. Vom zerstörten Landschaftsbild und den vielen toten Vögeln ganz zu schweigen. Nach der unnützen und teuren Solaroffensive kommt jetzt also die Offensive zum Ausbau der Windenergie. Der Nationalrat hat ein Dringlichkeitsgesetz für Windparks verabschiedet.

Einsprachen gegen die Baubewilligung sind nur noch bei einer kantonalen Instanz möglich. Und sie können nur noch dann ans Bundesgericht weitergezogen werden, wenn sich eine Rechtsfrage von «grundsätzlicher Bedeutung» stellt.

Die SVP war als einzige Partei klar dagegen, während die Grünen ihrem selbst getauften «grünen Strom» überall zum Durchbruch verhelfen wollen. Auch durch Förderung von Windkraftanlagen im Ausland. Und das, um den selbst ins Leben gerufene Wegfall von konventionellen Energien zu kompensieren.

Man sieht die Entwicklung gut beim grünen deutschen Wirtschaftsminister Habeck. Durch forcierte Elektromobi-

lität und die neuerdings geplante Zwangsumstellung auf Wärmepumpen will er den rasant steigenden Energiebedarf decken. Gas und Kernenergie sind des Teufels. Die grüne «Diktatur» hat diese Zwangslage erst geschaffen.

Zuwanderung ist ein grünes Anliegen

Wenn die Grünen zwischen Zuwanderung und Naturschutz wählen können, dann wählen sie die Zuwanderung. Das ist vielleicht das Erbärmlichste, was man über diese Partei sagen kann. Die Partei will die Welt so umbauen, dass ihre Ideologie voll zum Tragen kommt. Dass sie dabei auch für die eigene Klientel «Pöschтели» schafft,

zeigt das Beispiel Deutschland. Das grüne Wirtschaftsministerium ist in einer Art globalisierter familiärer Clanstruktur organisiert.

SVP ist die einzig wahre grüne Partei

Die SVP ist wahre grüne Partei der Schweiz. Sie trägt dem Bauernstand Sorge und schaut, dass man auch in der ländlichen Schweiz leben und arbeiten kann. Es sind gerade die Bauern, die sorgfältig mit dem Boden umgehen. Man schaut dabei schon weit über 100 Jahre zur Landschaft und Landwirtschaft. Es gibt offensichtlich eine grosse Diskrepanz zwischen «grün sein» und «grün wählen und denken».



Welche ist die wahre grüne Partei in der Schweiz? Im Bild: Naturpark Thal.

Bild: Pixabay

MEDIENMITTEILUNG DER SVP KANTON ZÜRICH

«Alles für uns»: ein grosszügiges Ostergeschenk der links-grünen Kantonsräte an sich selber

Wie nun öffentlich wurde, hat die Geschäftsleitung des Kantonsrates letzten Monat beschlossen, die Pauschalen und Sitzungsgelder der Kantonsratsmitglieder mit +5,1% als «Teuerungsausgleich» zu erhöhen. Die SVP nimmt entschieden Stellung gegen die Selbstbedienungs-Mentalität der Linken.

«Demokratiopolitisch unwürdig»

Die Geschäftsleitung des Kantonsrates, die eigentlich für das operative Geschäft zuständig ist, schmuggelte diesen Entscheid am Kantonsrat vorbei. Fraktionspräsident Martin Hübscher, der ebenfalls Mitglied der Geschäftsleitung ist, sagt dazu: «Dieses Vorgehen hat mich überrascht. Es mag rechtlich durchgehen, ist aber demokratiopolitisch unwürdig und nicht breit abgestützt. Der Nationalrat war weiser und hat Pläne für einen übermässigen «Teuerungsausgleich» für sich selber im März zurückgezogen.» Der angebliche «Teuerungsausgleich» ist eine Mogelpackung. Bereits 2019 hat sich der Kantonsrat eigenmächtig – und gegen den Widerstand der SVP – mit einer saftigen Gehaltserhöhung von 15 000 Franken brutto belohnt. Nun dieses erneute, grosszügige Ostergeschenk, das 0,6 Prozent über dem Teuerungsausgleich für die kantonalen Angestellten während der letzten Legislaturperiode liegt.

Domenik Ledergerber, Präsident der SVP Kt. Zürich, meint dazu: «Der Teuerungsausgleich für die Kantonsangestellten ist bereits viel zu hoch und diskriminiert die Privatangestellten. Dieser Entscheid ist ein zusätzlicher Affront gegenüber allen Arbeitnehmern im Kanton. Es geht nicht an, dass die Parlamentarier mit sich selbst

grosszügiger sind als mit den Angestellten. In bestimmten Bereichen, wo ein akuter Personalmangel herrscht, z. B. in der Pflege, sind attraktive Löhne gerechtfertigt. Mir ist aber nicht bekannt, dass wir einen Fachkräftemangel bei links-grünen Parlamentariern hätten.»

Die linke Selbstbedienungs-Mentalität ist ein Affront gegen über Angestellten und Privaten

Die SVP bezweifelt, dass dieses Ostergeschenk für die Parlamentarier verdient ist. Die übermässigen Boni der Manager-Elite sorgen zu Recht für breiten Unmut in der Bevölkerung. Die Linken nutzen diesen Unmut gerne aus, um für ihre marktfeindlichen Programme zu werben. Tatsächlich sind

die Linken nicht minder geldgierig und boni-abhängig, wenn es um das Geld von uns allen geht.

Das Ostergeschenk kommt zu unpasslicher Zeit. Erst im März warnte Finanzdirektor Ernst Stocker (SVP) vor schwierigen wirtschaftlichen Jahren. Die Gewinnausschüttungen von SNB und ZKB dürften in nächster Zeit nicht mehr so kräftig ausfallen und wegen der Zuwanderung muss der Kanton massiv in seine Infrastruktur investieren. Die SVP wird sich weiterhin für eine hohe Ausgabendisziplin im Kanton Zürich einsetzen. Sie zieht deshalb weitere Schritte gegen das Ostergeschenk in Betracht. Die unanständige Selbstbedienungs-Mentalität der Linken an unserem Geld muss gestoppt werden!



Damit der Verkehr fließen kann und Ausweichverkehr in die Quartiere vermieden wird, darf auf Hauptverkehrsachsen die signalisierte Geschwindigkeit nicht reduziert werden.

Kantonale Volksinitiative «Gemeinsam vorwärtskommen auf Hauptverkehrsachsen – Ruhe im Quartier» Mobilitätsinitiative

Jetzt unterschreiben!

Bogen herunterladen:
mobilitaetsinitiative-zh.ch



LESERBRIEF

Antifa als Terrororganisation

Nach der unbewilligten Demonstration am Samstag, 1. April, verurteilen alle Parteien, auch die Linke, die Krawalle. Jeder weiss, dass die Antifa dahintersteckt, wie immer bei solchen Demonstrationen.

Wann wird die Antifa als Terrororganisation eingestuft? Die SVP könnte doch mal einen Antrag in diese Richtung stellen. Es ist eine linksextreme Organisation, welche immer und immer wieder mit Terror auffällt. Stellen

wir uns nur vor, es wären am Samstagabend rechtsextreme Chaoten gewesen. Man hätte sicherlich das Militär aufgebeten und das Notrecht angewendet. Das ist ja aktuell ohnehin in. Von der SVP erwarte ich, dass man endlich versucht gegen diese anarchistische kommunistische Organisation vorzugehen und sie zu verbieten.

Claudio
(Name der Redaktion bekannt)

Rengger-Erlebnis-Chilbi

am 13./14. Mai 2023
Bauernhof Rengg, Sechsjutenstrasse 3
8135 Langnau a.A.

Bauernhof-Tiere und Familienspiele
Flaschenwerfen, Reiten, Hofbesichtigung,
geheizte Festhalle, Wirtschaft, Grill

Samstag, 13. Mai
Tanzband „Little BIG Band“
17 - 22:30 Uhr
Disco RENGGER-FEZ mit DJ Marcel
22:30 - 3 Uhr

Sonntag, 14. Mai
Zum Muttertagsmorge ab 9 Uhr:
Akkordeon Orchester Adliswil

Am Nachmittag:
Jugendmusik Sihlital
Duo „Echo vom Rellsten“



Einlagen: Jodlerclub Langnau ZH

VEREIN
FÜR AKTIVE SENIOREN

Einladung zur Rundfahrt auf der MS Wadin auf dem Zürichsee
und zur Generalversammlung 2023

Am Mittwoch, 10. Mai 2023, 15.00 Uhr treffen wir uns zu einer Rundfahrt auf der MS Wadin auf dem Zürichsee (Treffpunkt Hafen Enge).

An Bord wird die GV stattfinden. Für eine kleine Verpflegung ist gesorgt.
Nationalrat Gregor Rutz entbietet ein kurzes Grusswort und erklärt in groben Zügen die anstehende Revision des BVG (Berufliche Vorsorge).
Die Gemütlichkeit kommt selbstverständlich auch nicht zu kurz.

Um 17.00 Uhr gehen wir am Hafen Enge wieder an Land.

Ihre an unserem Verein interessierten Verwandten und Freunde sind ebenfalls herzlich willkommen.
Der Vorstand freut sich sehr, Sie zu diesem Anlass begrüssen zu dürfen.

Herzliche Grüsse
Für den Vorstand


Hans Egloff

Anmeldungen über jasmin.hotz@beelegal.ch oder Tel. 058 206 10 00 (Kanzlei BEELEGAL/Jasmin Hotz)

SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sumpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, im UG Restaurant «Vis-à-Vis», Zürichstrasse 47, Bachenbülach.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant «La Torre», Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, von 19.00 – 22.00 Uhr, Gasthof zur Sonne, Seestrasse 37, Stäfa.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant «Schwamedinge», Schwamendingerplatz 2, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Dienstag, 23. Mai 2023, 19.30 Uhr, Abstimmungspodium, Gemeindesaal Bonstetten, u.a. mit den Nationalräten Thomas Matter und Mauro Tuena.

Bezirk Bülach/Hüntwangen
Samstag, 13. Mai 2023, 15.30 Uhr, Parteausflug mit Nachtessen, weitere Informationen unter www.svp-huentwangen.ch.

Bezirk Dielsdorf/Niederglatt
Freitag, 16. Juni 2023, bis Sonntag, 18. Juni 2023, 10.00 bis 12.00 Uhr, SVP-Stand am Dorffest, Dorfplatz, Niederglatt. Nationalräte und Kantonsräte sind anwesend.

Bezirk Hinwil/Seegräben
Dienstag, 9. Mai 2023, 20.00 Uhr, Referat und Diskussion, Buechwäidsaal, Aathalstrasse 6a, Seegräben, mit Nationalrat Thomas Matter. Thema: «CS-Zusammenbruch, was heisst das für die Zukunft der Schweiz?»

Bezirk Pfäffikon/Russikon
Dienstag, 16. Mai 2023, 18.30 Uhr, Generalversammlung, Restaurant Krone, Kronenweg 2, Russikon. Anschliessend Referat von Kantonsrat Paul von Euw zur neuen Energiestrategie.

Samstag, 3. Juni 2023, 08.30 bis 11.30 Uhr, Standaktion, beim SPAR mini, Kirchgasse 1, Russikon.

Freitag, 9. Juni 2023, 17.30 Uhr, Feierabendbier und Wurst, TCS-Parkplatz Bläsmühle, Russikon. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-russikon.ch.

Freitag, 8. September 2023, 18.30 Uhr, SVP-Herbst-Party, Schützenhaus, Russikon, mit Kantonsrätin Romaine Rogenmoser. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-russikon.ch.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer ISSN 1660-6701
Der Zürcher Bote ISSN 2296-3480

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes. Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/Zürcherbauer/inserate.aspx. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Mattia Mettler, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zuercher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Mattia Mettler, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, inserate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Layout:** cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, CH-5001 Aarau.

Stadt Zürich/Kreis 10
Samstag, 6. Mai 2023, 10.00 bis 12.00 Uhr, Standaktion, Kappenhühlweg, ZH-Höngg.

Samstag, 13. Mai 2023, 10.00 bis 12.00 Uhr, Standaktion, Kappenhühlweg, ZH-Höngg.

Samstag, 20. Mai 2023, 10.00 bis 12.00 Uhr, Standaktion, Röschibachplatz, ZH-Wipkingen.

Samstag, 3. Juni 2023, 10.00 bis 12.00 Uhr, Standaktion, Kappenhühlweg, ZH-Höngg.

Samstag, 10. Juni 2023, 10.00 bis 12.00 Uhr, Standaktion, Röschibachplatz, ZH-Wipkingen.

Stadt Zürich/Kreis 11
Samstag, 6. Mai 2023, 09.00 bis 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Freitag, 12. Mai 2023, 19.00 Uhr, Generalversammlung, Restaurant Büsi, Bärenbohlstrasse 47, Zürich-Affoltern, mit Nationalrat Alfred Heer.

Freitag, 26. Mai 2023, 18.00 Uhr, SVP-Polit- Apéro, Hotel/Restaurant Landhus, Katzenbachstrasse 10, Zürich-Seebach, mit Kantonsrätin Nina Fehr Düsel. Thema: Krisenzeit – wie weiter?

Samstag, 3. Juni 2023, 09.00 bis 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 10. Juni 2023, 09.15 Uhr, Besichtigung Flughafen Zürich, Treffpunkt 2 (Pass

oder ID mitnehmen). Anmeldung bis 31. Mai 2023 an peter.schick@bluewin.ch. Anschliessend Apéro.

Stadt Zürich/Kreis 12
Dienstag, 9. Mai 2023, 19.30 Uhr, Stammtisch, Restaurant Hirschen, Winterthurerstrasse 519, Zürich-Schwamendingen, mit alt Kantonsrat Christian Mettler.

Junge SVP Kanton Zürich
Samstag, 13. Mai 2023, 13.15 bis 16.30 Uhr, Workshop und Nominationsveranstaltung, Gemeindezentrum, Im Zentrum 1, Oberengstringen. Anmeldung an straessle@jsvp-zh.ch.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Freitag, 5. Mai 2023, 19.00 Uhr, Churfirrentagung der SVP Kanton St. Gallen, Thurpark, Volkshausstrasse 23, Wattwil SG, mit Bundesrat Albert Rösti.

Mittwoch, 10. Mai 2023, 15.00 Uhr, Generalversammlung und Rundfahrt auf dem Zürichsee des Vereins für aktive Senioren, Treffpunkt Hafen Enge, Zürich, mit Nationalrat Gregor Rutz. Anmeldung an jasmin.hotz@beelegal.ch oder 058 206 10 00.

Samstag, 26. August 2023, 10.30 bis 14.30 Uhr, Wahlauftakt der SVP Schweiz, Swiss Life Arena, Vulkanstrasse 130, Zürich.

SVP SCHWEIZER QUALITÄT
Zürich-Schwamendingen

Einladung zum Stammtisch der SVP 12

Sehr geehrte Mitglieder, Freunde und Sympathisanten der SVP

Wir laden Sie herzlich zu unserem Stammtisch ein:

Thema:
«Rückblick & Verdankung»

von Christian Mettler
Kantonsrat Zürich
Alt Gemeinderat Stadt Zürich
Ehemaliger Kreispräsident 12 Zürich-Schwamendingen

Wann: Dienstag, 9. Mai 2023, 19.30 bis 21.30 Uhr

Wo: Restaurant Hirschen, Winterthurerstrasse 519, 8051 Zürich, Beim Schwamendingerplatz

Programm:
19.30 Uhr: Essen & Trinken (auf eigene Kosten)
20.00 Uhr: Rückblick
20.30 Uhr: Verdankung
20.45 Uhr: Geselliges Beisammensein

Die SVP-Kreispartei 12 Zürich-Schwamendingen freut sich auf Ihren Besuch!

Information über weitere Anlässe der SVP 12 Zürich-Schwamendingen finden Sie unter: www.svp-schwamendingen.ch

SRG

200 Fr. sind genug!

srg-initiative.ch

Darum braucht es die SRG-Initiative:

- Obwohl die Qualität bei der SRG oft zu wünschen übrig lässt, zahlt die Schweizer Bevölkerung weltweit (!) mit heute 335 Franken die höchsten gerätunabhängigen Zwangsgebühren. Mit der Initiative müssen wir nur noch 200 Franken zahlen. Immer noch genug!
- Arbeitgeber und Gewerbler werden doppelt zur Kasse gebeten: Die Betriebe zahlen eine umsatzabhängige SRG-Gebühr, schnell mehrere Tausend Franken. Dies, obwohl alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber schon als Privatpersonen die Abgabe von 335 Franken zahlen. Diese ungerechte Doppelbesteuerung muss abgeschafft werden!
- Junge verdienen wenig und schauen fast kein TV. Trotzdem müssen sie jährlich 335 Franken zahlen für ein Angebot, das sie nicht konsumieren. Das ist unfair und unsozial!

Jetzt Volksinitiative unterschreiben

- Keine überflüssigen Gebühren fürs Gewerbe!
- Junge entlasten, die sowieso kein TV schauen!
- Nur noch 200 Franken zahlen!

Telefon: 052 301 31 00 | www.srg-initiative.ch, info@srg-initiative.ch